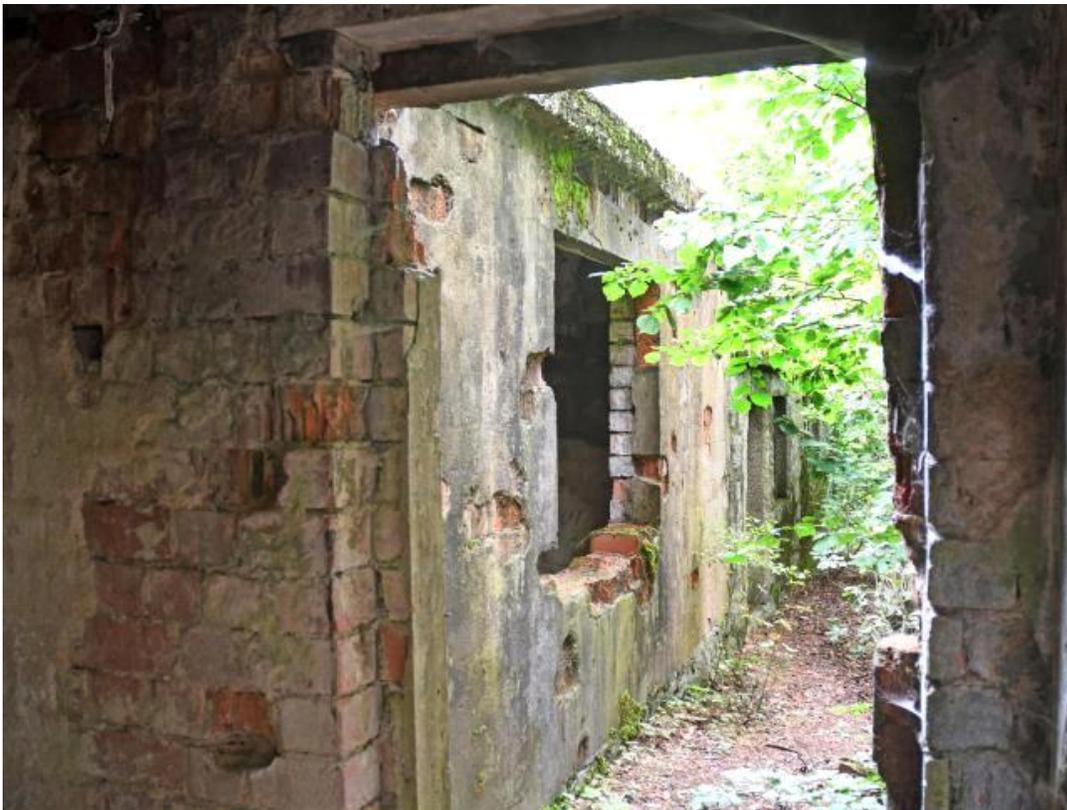


Riesenzoff ums Steinhauerhaus: Jetzt sollen die Bürger entscheiden

Der Plan, aus dem Steinhauerhaus ein Granit-Erlebniszentrum zu machen, entzweit Flossenbürg. Der Riss geht quer durch Familien, auf Facebook wird hitzig debattiert. Nun soll ein Bürgerentscheid ein Machtwort sprechen.

Flossenbürg. (eig) Nicht ganz 290 Unterschriften haben die Initiatoren des Bürgerbegehrens "Granit-Erlebniszentrum am Standort Burgweiher" in Flossenbürg gesammelt, etwa 130 wären notwendig gewesen. Am Montagabend übergaben fünf der sechs offiziell benannten Vertreter des Bürgerbegehrens die Listen im Rathaus Kämmerin Margit Frauenreuther.



Das verfallene Steinhauerhaus am Flossenbürger Burgweiher soll zu einer Geo-Infostelle werden. Das Für und Wider wird kontrovers debattiert. Bild: Gabi Schönberger



Der Bürger soll entscheiden: Florian Jakob, Gerd Reinl, Christina Kick, Günter Faltermeier und Markus Pentner (von links) sind die Initiatoren des Bürgerbegehrens "Granit-Erlebniszentrum am Standort Burgweiher". Bild: Eichl

Die Initiatoren stehen weder für eine bestimmte Partei, noch für eine Gruppierung: Gerd Reinl ist stellvertretender SPD-Vorsitzender, Markus Pentner stellvertretender CSU-Vorsitzender, Christina Kick vertritt eigenem Bekunden nach "nur die Bürger von Flossenbürg", auf die sie "unheimlich stolz" sei, und spielt damit auf die Aussage des CSU-Fraktionsprechers Peter Schmidt in der letzten Gemeinderatssitzung an, der gesagt hatte, er schäme sich zum ersten Mal für seinen Ort. Stellvertreter der Initiatoren sind der ehemalige SPD-Gemeinderat Günter Faltermeier, der parteilose Florian Jakob und Alexandra Schnappauf.

Druck auf Unterzeichnende

Es geht in dem Bürgerbegehren in erster Linie um den Standort Burgweiher, betonen die Initiatoren. Die Argumente sind in etwa dieselben wie die, die die Gemeinderäte von SPD und FWG in der Gemeinderatssitzung geäußert hatten. Keineswegs sei man gegen ein Erlebniszentrum oder ein Steinhauermuseum an sich, nur eben nicht in dem Steinhauerhaus am Burgweiher. Wie sie in Erfahrung gebracht haben wollen, sei die endgültige Entscheidung über die Planung keineswegs so eilig, wie in der Gemeinderatssitzung dargestellt. Auch sei nicht korrekt, dass im Rahmen des EU-Projektes nur der eine Standort gefördert werde.

Schon vor der letzten Gemeinderatssitzung, in der der Beschluss über die Fortführung der Planung verschoben worden war, hatten SPD und FWG annähernd 450 Unterschriften gesammelt. Diese sind dem Bürgermeister jedoch bis heute nicht übergeben worden. Und zwar, um zu vermeiden, dass Druck auf die Unterzeichnenden ausgeübt werde, hieß es am Montag. Denn genau das sei in den vergangenen Wochen denjenigen passiert, die zu ihrer Unterschrift stünden. Pentner sagt, ihm sei bereits der Rücktritt vom Ehrenamt nahegelegt worden. Darum nun auch das Instrument des Bürgerentscheids, damit die Wahlberechtigten geschützt durch die Anonymität der Wahlkabine frei entscheiden könnten.

Wie wichtig speziell dieser Umstand den Initiatoren ist, macht Christina Kick gegenüber der Kämmerin bei der Übergabe der Unterschriftenlisten deutlich. Man erwarte, dass der Datenschutz zu 100 Prozent gewahrt bleibe, sagt sie. Anderenfalls behalte man sich gerichtliche Schritte vor. Frauenreuther versichert, die Unterschriftenlisten würden wie Wahlunterlagen behandelt werden. Frauenreuther gibt eine Frage des Geopark-Geschäftsführers Dr. Andreas Peterek weiter, ob noch einmal die Bereitschaft zu einem Gespräch bestehe mit dem Ziel, doch noch einen Kompromiss zu finden. Dazu sind die Vertreter des Bürgerbegehrens bereit, wenn der Gemeinderat nicht an dem Gespräch teilnimmt.

Aufreger auf Facebook

Auf Facebook geht es derzeit hoch her in der öffentlichen Gruppe Flossenbürg, die knapp 600 Mitglieder zählt, darunter nicht nur Einheimische. Jüngster Aufreger ist ein Post von Bürgermeister Thomas Meiler, in dem dieser den ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel zitiert: "Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen".

Die Gründe der Gegner

- Erhöhte Unterhaltskosten durch die abgeschiedene Lage.
- Kein barrierefreier bzw. behindertengerechter Weg möglich, dadurch eingeschränkte Nutzung für ältere und behinderte Menschen.
- Erhöhte Vandalismusgefahr aufgrund des abgelegenen Standortes. Das Gebäude ist ohne Aufsicht und innen zugänglich mit Toilettenanlagen geplant.
- Massiver Eingriff in das Naturschutzgebiet "Schlossberg" durch die Erschließung und die Baumaßnahmen am bestehenden Gebäude.
- Erhöhte Erschließungskosten für Wasserversorgung, Kanalisation und Stromleitung aufgrund der Lage und der Bodenbeschaffenheit.
- Keine ganzjährige Nutzung möglich. Laut Planung ist nur eine Öffnung von April bis Oktober vorgesehen.
- Keine Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe.
- Unzureichende Wahrnehmung des Gebäudes durch die versteckte Lage
- Eine effektive und gute Wertschöpfung ist durch viele der oben genannten Punkte aufgrund der Lage nicht möglich.
- Überwiegend negative Rückmeldungen aus der Bevölkerung. (eig)

Quelle: O-Netz: 02.09.2020